



Universiteit  
Leiden  
The Netherlands

## Religious Persecution and Transnational Compassion in the Dutch Vernacular Press 1655-1745

Boer, D.R. de

### Citation

Boer, D. R. de. (2019, November 27). *Religious Persecution and Transnational Compassion in the Dutch Vernacular Press 1655-1745*. Retrieved from <https://hdl.handle.net/1887/81085>

Version: Publisher's Version

License: [Licence agreement concerning inclusion of doctoral thesis in the Institutional Repository of the University of Leiden](#)

Downloaded from: <https://hdl.handle.net/1887/81085>

**Note:** To cite this publication please use the final published version (if applicable).

Cover Page



Universiteit Leiden



The handle <http://hdl.handle.net/1887/81085> holds various files of this Leiden University dissertation.

**Author:** Boer, D.R. de

**Title:** Religious Persecution and Transnational Compassion in the Dutch Vernacular Press 1655-1745

**Issue Date:** 2019-11-27

## Zusammenfassung auf Deutsch

Unter Historikern bestand lange Zeit der Konsens, dass der Westfälische Frieden (1648) den Religionskriegen, die vier Generationen von Europäern geplagt hatten, ein endgültiges Ende setzte. Im Jahrhundert, das auf den Frieden folgte, sahen sich Zeitgenossen jedoch noch weiterhin regelmäßig mit massiven Verfolgungen religiöser Dissidenten konfrontiert. Gewalt souveräner Herrscher gegenüber konfessionellen Minderheiten zählte zu den kontroversesten und weitreichendsten politischen Maßnahmen frühmoderner Staaten. Aus diesem Grund bestand innerhalb verschiedener gesellschaftlicher Gruppen eine große Nachfrage an Nachrichten über religiöse Verfolgung, der von Autoren und Verlegern eifrig nachgekommen wurde. Trotz ihrer Versuche, öffentliche politische Kommunikation durch Zensur zu monopolisieren, verfügten Monarchen über wenige Mittel um die ausländische Presse davon abzuhalten, über ihre Verfolgungsmaßnahmen zu berichten. Vor allem in der wohlhabenden, urbanisierten und politisch dezentralisierten Republik der Sieben Vereinigten Provinzen fanden Drucker ein relativ angenehmes Klima um ausländische Nachrichten und öffentliche Meinung für eine in- und ausländische Öffentlichkeit zu produzieren. Die niederländischen Druckerpressen generierten zahllose Flugschriften, Zeitschriften und Zeitungen um Nachrichtenabnehmer mit Verfolgungen religiöser Minderheiten zu konfrontieren. In diesem Zuge wurden die Schicksale ausländischer Gemeinschaften regelmäßig zu „*Causes célèbres*“.

Überraschenderweise gibt es wenige wissenschaftliche Untersuchungen zu Nachrichtenberichterstattung über religiöse Verfolgung. Eine Erklärung ist die weitverbreitete Vorstellung, dass die Ära religiöser Gewalt in Europa im Jahre 1648 endete. Instanzen religiöser Verfolgung werden in diesem Kontext als irrelevante Nachbeben eines vergangenen Jahrhunderts zu Zeiten politischer Modernisierung abgetan. Mehrere Historiker untersuchten zwar die politische Kommunikation über individuelle religiöse Verfolgung, suchten aber außerhalb ihrer gewählten Fallbeispiele nicht nach einem wiederkehrenden Muster. Die vorliegende Dissertation umfasst die erste langfristige Analyse der Beweggründe von Menschen, die sich an die niederländische Presse wandten um die Welt über das Schicksal verfolgter Gruppen in Europa zwischen 1655 und 1745 zu informieren. Die durch

Meinungsmacher publizierten Meldungen werden auf drei Ebenen untersucht: Erstens wird der Blick nach den Argumenten gerichtet, die Meinungsmacher verwendeten um in einer Zeit von sich vermehrender politischer Säkularisierung über Verfolgung zu berichten. Nachfolgend wird erforscht, welche Interessensgruppen sich in der internationalen Produktion von Nachrichten über Verfolgung engagierten und wer ihr anvisiertes Publikum war. Abschließend wird analysiert, welche Rolle diese Art von Nachrichten als eine Art „öffentliche Diplomatie“ in sowohl der inländischen Politik als auch mit internationalem Bezug spielten.

Um die Öffentlichkeit zu erreichen und zu bewegen mussten frühmoderne Meinungsmacher eine fundamentale Frage beantworten: *Warum sollten wir uns für das Leiden fremder Menschen in der Ferne interessieren?* Die vorliegende Dissertation argumentiert, dass Autoren dieser Frage nachkamen, indem sie sich auf verschiedene religiöse und säkulare „normative Prinzipien“ beriefen. Unter Berufung auf die „Rechtfertigungstheorie“ der französischen Pragmatischen Soziologie werden „normative Prinzipien“ verstanden als die zentralen Werte einer (politischen) Gesellschaft, auf deren Grundlage Menschen Politik und politisches Handeln be- und verurteilen. Religiöse Verfolgungen waren außergewöhnlich zerrüttende Geschehnisse und brachten als solche akute Fragen über die rechtmäßige Anordnung der Gesellschaft zum Vorschein. Gedruckte Diskussionen über religiöse Konflikte gingen daher schnell über die Einzelheiten des Geschehenen hinaus. Indem sie gedruckte Meinungsmache und -äußerung über religiöser Verfolgung analysiert, gibt diese Dissertation Einblick in die sich verändernden normativen Fundamente europäischer Politik zwischen ca. 1650 und 1750. Sie zeigt auf, dass Meinungsmache im Zusammenhang mit religiöser Verfolgung auf fünf normativen Prinzipien beruhte, wovon das erste Prinzip „Religion“ ist. Die verbleibenden vier sind „Souveränität“, „Herrschaft des Gesetzes“, „Vernunft“ und „Humanität“. Dies sind Prinzipien, die Historiker oft als säkulare Alternativen zu Religion als moralische Basis der Gesellschaft deuten.

*Religion.* Neuere historische Untersuchungen zeigen, dass religiöse politische Rhetorik noch lange nach dem Westfälischen Frieden aktuell blieb. Auf diesen Einsichten aufbauend wird untersucht, wie frühmoderne Autoren auf Religion im Allgemeinen und auf ihre Konfession im Spezifischen Bezug nahmen um Verfolgung zu rechtfertigen oder zu verurteilen.

*Souveränität.* Vorstellungen über Souveränität spielten eine zentrale Rolle in der öffentlichen Diskussion über religiöse Verfolgung. Die vorliegende Dissertation argumentiert, dass Souveränität als normatives Prinzip gebraucht wurde um sowohl internationalen Religionsfrieden als auch das gewaltvolle Erzwingen religiöser Uniformität zu rechtfertigen.

*Herrschaft des Gesetzes.* Die Religionskriege werden oft als Kehrtwende angesehen, die zu einer Loslösung des Gesetzes von religiösen Assoziierungen führte. Das normative Prinzip „Herrschaft des Gesetzes“ bezieht sich auf alle Argumente, die auf bestehende positive Gesetze und Vorstellungen rundum das Naturrecht verweisen.

*Vernunft.* Im Laufe der Frühmoderne hoben viele europäische Denker Vernunft zum zentralen Werkzeug empor, mit dem der Mensch die politische Welt um ihn herum verstehen und ordnen sollte. Das normative Prinzip der Vernunft umschließt daher jede Rechtfertigung oder Verurteilung religiöser Verfolgung basierend auf der Frage, ob die Vernunft diese Verfolgung erlaubt oder als politische Maßnahme gebietet.

*Humanität.* Das letzte normative Prinzip appelliert an ein Gefühl gemeinsamer Humanität. Im frühmodernen Europa war das Leben um eine Vielzahl von Arten von Ungleichheit und Hierarchien strukturiert, wovon die meisten durch göttliche Bestimmung gerechtfertigt wurden. Von diesem Punkt aus untersucht diese Studie, wann und warum die Idee einer gemeinsamen Menschlichkeit als politisches Argument gegen gesellschaftliche Trennungslinien angewandt wurde.

Diese normativen Prinzipien werden hauptsächlich in gedruckten Werken untersucht, die in der Republik der Sieben Vereinigten Provinzen produziert wurden. Die Flugschriften, Zeitschriften und Zeitungen wurden allerdings von einer sehr diversen Gruppe Menschen aus unterschiedlichen Teilen Europas geschrieben. Die vorliegende Studie zeigt auf, dass verfolgte Minderheiten und deren ausländische Fürsprecher durch die Presse „öffentliche Diplomatie“ betrieben. Durch Kommunikation mit einer internationalen Öffentlichkeit unterhielten sie internationale Verbindungen und beeinflussten ausländische Politik. Aus dieser Perspektive war die Republik sowohl ein zentraler Nachrichtenhub als auch ein wichtiger Knotenpunkt öffentlichen Apells. Trotz ihrer Eigenschaft als internationales Podium blieb die niederländische Presse jedoch auch deutlich „niederländisch“. Die vorliegende Untersuchung zeigt, dass aktuelle Verfolgungen niederländischen Meinungsmachern wichtige Gelegenheiten

boten um der konfessionellen und politischen Identität der Republik Form zu geben. Die Art und Weise, wie verschiedene Interessensgruppen die Presse instrumentalisierten, wird anhand von fünf Fallbeispielen in sechs Kapiteln untersucht.

Kapitel 1 analysiert, wie die reformierten Waldenser in Piemont Publizität diplomatisch einsetzten, nachdem im Jahr 1655 ein Massaker durch eine Armee ihres eigenen Fürsten, des Herzogs von Savoyen, unter ihnen angerichtet worden war. Das Kapitel zeigt, dass konfessionelle Minderheiten, die auf der Suche nach ausländischer Hilfe waren, eine komplexe, behutsam zu navigierende kommunikative Landschaft betraten. Das normative Prinzip der Souveränität spielte eine entscheidende Rolle in der internationalen Kommunikation und Wahrnehmung des Konflikts in Piemont. Um nicht der Rebellion bezichtigt zu werden, mussten Minderheiten sich als passive Opfer präsentieren und waren gezwungen, Aufmerksamkeit für ihre Sache zu generieren ohne ausländische Regierungen explizit um Hilfe zu bitten. Berichte über ihr Schicksal international zu verbreiten war eine effektive Strategie um dieses politische Problem zu umgehen, da dies nicht direkt als subversive Tat galt. Gedruckte Medien wurden daher eingesetzt um die Aufmerksamkeit ausländischer Machthaber zu erregen und gleichzeitig den Eindruck von Loyalität zum eigenen Herrscher zu vermitteln.

Kapitel 2 bleibt bei den Waldensern und erklärt, dass, weil Ansprüche über die vermeintliche Wahrheit der eigenen Konfession in einem internationalen Kontext ungünstig anmaßten, religiöse Minderheiten ihre Lage gegenüber einer internationalen Öffentlichkeit oft als eine humanitäre anstatt als eine religiöse Katastrophe präsentierten. Dies zeigt, dass die Anwendung säkularer normativer Prinzipien nicht nur aus sich verändernden Vorstellungen über die Beziehung zwischen Religion und Politik hervorkam. Oft war es eine strategische Notwendigkeit um Fragen über (Un-)Recht in einer multikonfessionellen Umgebung mitbestimmen zu können. Dieses Kapitel macht weiterhin deutlich, dass niederländische Pamphletisten das Blutbad tatsächlich durch eine konfessionelle Brille betrachteten um an Hand davon die religiöse Landschaft der Republik zur Debatte zu stellen.

Kapitel 3 untersucht ein Gegenbeispiel, nämlich die Verfolgung der Hugenotten durch Ludwig XIV. in den frühen 1680ern. Anders als bei den Waldensern 1655, hatte die niederländische Presse wenig Aufmerksamkeit für ihr Schicksal übrig. Diese bröckelige

Publizität kann zwei Faktoren zugeschrieben werden. Zum einen versuchten die Hugenotten ihren König noch davon zu überzeugen, seine repressive Politik rückgängig zu machen. Um wieder in die Gnade ihres Monarchen zu gelangen, legten sie großen Nachdruck auf ihre absolute Treue als Untertanen. Das verweist darauf, dass die Erregung internationaler Aufmerksamkeit mit Hilfe der Presse keine selbstverständliche Strategie war, solange es nicht zu einem vollständigen Abbruch der Kommunikation zwischen den verfolgten Untertanen und der verfolgenden Regierung gekommen war. Zum anderen standen die niederländischen Behörden der Produktion gedruckter Meinungsäußerungen über die Verfolgungen in Frankreich negativ gegenüber. Die politische Landschaft der Republik war gespalten und die Beziehungen mit Ludwig XIV. waren unstetig und umstritten. Keine der Parteien, die Teil des Streits waren, war jedoch zu einer offenen Konfrontation mit dem Sonnenkönig, die durch anti-französische Medienberichterstattung möglicherweise ausgelöst werden konnte, bereit. Erst 1683/84 sollten Nachrichten über die Hugenotten in einem Flugschriftenkrieg zwischen sogenannten Orangisten und Staatsgesinnten über eine angemessene Reaktion auf die französische Expansion eine Rolle spielen. Das Fallbeispiel der Hugenotten bestätigt daher, dass Publizität auch in der Republik implizit und explizit von der Genehmigung der Behörden abhängte.

Kapitel 4 zeigt, wie die relative Passivität der niederländischen Presse ein abruptes Ende nahm, als Ludwig XIV. die Reformierte Kirche mit dem Edikt von Fontainebleau 1685 vollständig verbot. Historiker gingen lange davon aus, dass die 1680er Jahre religiöser Polarisierung waren. Dieses Kapitel argumentiert jedoch, dass nicht alle Zeitgenossen auf die Hugenottenverfolgung mit religiösen Streitigkeiten reagierten. Eine ansehnliche Anzahl an Flugschriften zeigte sich gegenüber konfessionsgebundenen Interpretationen äußerst skeptisch. Anstatt sich an einem Ende der konfessionellen Kluft fest zu klammern, sahen sie die Notwendigkeit, eine Brücke zu bauen. Zudem waren die Niederländer durch den Zustrom von Flüchtlingen aus Frankreich nicht mehr nur Zuschauer deren Verfolgung, sie fingen an die Folgen davon zu spüren. Einige Pamphletisten reagierten mit Lobesliedern auf den reformierten Glauben, andere thematisierten die praktischen Probleme, die mit der Integration der Flüchtlinge aufkamen. Um die unterschiedlichen Reaktionen auf religiöse Gewalt zu vergleichen, zeigt dieser Teil der Dissertation, dass Solidarität mit Glaubensbrüdern und -

schwestern nicht immer an dogmatische Wahrheitsansprüche geschweift war. Innerhalb des normativen Prinzips von Religion wird daher eine zusätzliche Nuance hinzugefügt, die zwischen dem Aufruf zur „konfessionellen Solidarität“ und Ansprüchen auf „konfessionelle Wahrheit“ steht.

Die Hugenottenverfolgung mündete schließlich im Kamisardenkrieg (1702-05) in den Cevennen. Dies war Frankreichs letzter Religionskrieg, der das Thema von Kapitel 5 darstellt. Dieser ausgedehnte Aufstand wurde durch „prophetische“ Rebellen angeführt, die glaubten die Apokalypse einzuläuten. Der Kamisardenkrieg ist daher ein extremes Beispiel von Politik, die durch das normative Prinzip der „konfessionellen Wahrheit“ bestimmt wurde. Dies stellte für die Pamphletisten ein Problem dar, die in der Republik eine Militärintervention zu Gunsten der Kamisarden propagierten um Frankreich zu schwächen. Sie mussten, wie schon die Waldenser, das normative Prinzip der „konfessionellen Wahrheit“ bagatellisieren um ausreichend Tragfläche in einem multikonfessionellen Allianznetzwerk zu kreieren. Parallel dazu war konfessionelle Sprache ein nützliches Werkzeug um Regierungsbedenken über eine Unterstützung von Rebellen auszustechen. Dies war ein ernstzunehmender Aspekt im frühmodernen Europa, wo die fürstliche Souveränität über die Untertanen heilig war. Bei ihren Versuchen, eine Intervention zu legitimieren, operierten die Pamphletisten somit im Spannungsfeld konfessioneller und säkularer Argumentation.

Die Frage, ob für eine bestimmte Verfolgung Publizität entstand oder nicht, hing einerseits oft von der Bereitschaft der Verfolgten ihre Situation international publik zu machen und andererseits von dem Ausmaß, in dem lokale Behörden gedruckte Interessensbekundungen erlaubten, ab. Während des Kamisardenkriegs war allerdings eine Zwischengruppe von Wichtigkeit. Eine Gruppe Exil-Hugenotten, die in unmittelbare Nähe der Behörden arbeitete, versuchte durch die Presse eine Intervention zu Gunsten der Kamisarden auf den Weg zu bringen. Dieses Kapitel enthüllt, dass diese Art „öffentlicher Diplomatie“ gleichermaßen ein Zeichen politischer Stärke als auch politischer Schwäche war. Auf der einen Seite erlangten die Fürsprecher internationale Aufmerksamkeit für die Kamisarden. Auf der anderen Seite waren sie gezwungen sich an die Presse zu wenden, weil sie nicht in der Lage waren, die Politik auf direkterem Wege zu beeinflussen.



Kapitel 6 ist einem verhältnismäßig kleinen Geschehen gewidmet, das nichtsdestotrotz in einer enormen Mediensensation ausuferte. 1724 wurden in der Stadt Toruń im Königreich Preußen elf Bürger für Teilnahme an einem anti-jesuitischen Aufstand hingerichtet. Das sogenannte „Blutbad von Toruń“ entwickelte sich zu einem europaweiten Skandal. Gegen Ende 1725 waren mehr als hundert Pamphlete in Großbritannien, dem Heiligen Römischen Reich und der Republik der Sieben Vereinigten Provinzen publiziert. Die bestehende Historiographie gibt an, dass die Mehrheit der gedruckten Berichte über Toruń bei den ausländischen Behörden, die sich den Vorfall aneigneten, ihren Ursprung nahm. Dieses Kapitel zeigt jedoch, dass viele Meinungsmacher diese proaktive Haltung ihrer eigenen Regierungen angriffen um ein kontroverses Bild zu zeichnen. Es beschreibt die genauen Dynamiken und macht deutlich, dass die Entstehung des öffentlichen Raums nicht notwendigerweise mit den Entwicklungen von Vernunft als normatives Prinzip (wie Jürgen Habermas behauptete) einherging. Der öffentliche Raum bemächtigte die Pamphletisten auch, internationale Bezüge durch eine religiöse Brille zu betrachten, und das in einer Zeit, in der politische Entscheidungsträger sich davon bereits entfernt hatten.

Zusammengenommen zeigen die Fallbeispiele, dass Meinungsmacher über ihr (anvisiertes) Publikum sorgfältig reflektierten. Sie passten die normativen Prinzipien, mit denen sie religiösen Verfolgungen Deutung verliehen, ihrer Leserschaft an. Viele Historiker schreiben mit Skepsis über öffentliche Rechtfertigungen und Beurteilungen politischen Handels. Es wird oft behauptet, dass Meinungsmacher schlichtweg diejenigen Argumente benutzten, wovon sie hofften die meisten Menschen zu überzeugen. Dies unterstellt eine scharfe Trennlinie zwischen Motivation und Legitimität. Die vorliegende Dissertation kommt allerdings zu dem Schluss, dass es von zweitrangiger Bedeutung war, ob Meinungsmacher in der Tat aus den normativen Prinzipien handelten, auf die sie pochten. Wichtiger war, dass diese Prinzipien Teil eines gemeinsamen normativen Repertoires waren, das konfessionelle und politische Grenzen oft hinter sich ließ.

Eine weitere wichtige Erkenntnis dieser Dissertation ist, dass das Jahrhundert nach dem Westfälischen Frieden nicht durch das Entstehen säkularer normativer Sprachen auf Kosten religiöser Argumentation gekennzeichnet ist. Alle normativen Prinzipien hielten stand, wurden jedoch kontinuierlich neu definiert. Das normative Prinzip von Humanität zum Beispiel war

1655 in den meisten Fällen negativ besetzt und stand für etwas, das verfolgende Parteien *nicht* besaßen. In den 1680ern war es auch eine Eigenschaft um die Opfer von Verfolgung zu beschreiben. Es wurde beispielsweise benutzt, um nachsichtig zu erklären, warum viele Menschen sich als Reaktion auf Verfolgung bekehren ließen anstatt den Märtyrertod zu sterben. In den 1720ern wurde menschliche Güte schließlich explizit religiösem Eifer gegenübergestellt. Diese verschiedenen Vorgehensweisen waren komplementärer als dass sie einander ausschlossen. Es war, in anderen Worten, ein Jahrhundert, in dem sich aus alten normativen Prinzipien neue Varianten entwickelten.

Wir sollten jedoch im Hinterkopf behalten, dass die vielseitige Anwendung normativer Prinzipien keine öffentliche Aufmerksamkeit für jede Art von Leiden garantierte. Um dies mit einzubeziehen, thematisiert die vorliegende Studie im Abschlussteil die Verfolgung der böhmischen Juden durch Maria Theresia im Jahr 1745. Die niederländische Presse hatte hierfür kaum Aufmerksamkeit übrig, obwohl die inklusiven Prinzipien von Menschlichkeit, Vernunft und Herrschaft des Gesetzes weit verbreitet waren. Diese Dissertation ruft Historiker darum dazu auf, nicht nur normative Prinzipien zu untersuchen um die Dynamiken von Stillschweigen und Empörung in der Presse zu verstehen. Sie sollten auch analysieren, unter welchen Umständen diese Normen in spezifischen Situationen eingesetzt wurden und unter welchen nicht. Gedruckte Meinungsäußerung war und bleibt eine mächtige Waffe um Gruppen zu marginalisieren, aber die Verfolgung von Minderheiten—und davon waren sich frühmoderne Europäer bewusst—gedeiht oft am besten im Rahmen öffentlichen Stillschweigens.